

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	3. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	21. Oktober 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 3 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallentsorgungssatzung)

Vorlage: 2014/0116

dazu:

Ergänzungsantrag der Stadträte Marc Bernhard und Dr. Paul Schmidt (AfD) vom 15. Oktober 2014

Vorlage: 2014/0202

Änderungsantrag der Stadträte Tilman Pfannkuch, Hermann Brenk, Jan Döring, Thorsten Ehlgötz, Dr. Klaus Heilgeist, Detlef Hofmann, Dr. Albert Käuflein, Sven Maier und Dr. Thomas Müller, der Stadträtinnen Dr. Rahsan Dogan, Bettina Meier-Augenstein, Marianne Mußnug und Karin Wiedemann (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 16. Oktober 2014

Vorlage: 2014/0203

Änderungsantrag der Stadträte Thomas H. Hock und Tom Høyem (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion vom 17. Oktober 2014

Vorlage: 2014/0210

Änderungsantrag des Stadtrats Jürgen Wenzel (FW) vom 18. Oktober 2014

Vorlage: 2014/0211

Keine Leiharbeit bei der Einführung der „Blauen Tonne“

Ergänzungsantrag der Stadträte Parsa Marvi, Hans Pfalzgraf und Michael Zeh, der Stadträtin Sibel Uysal (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 20. Oktober 2014

Vorlage: 2014/0214

Keine Leiharbeit bei der Einführung der „Blauen Tonne“

Änderungsantrag der Stadträte Lüppo Cramer und Erik Wohlfeil (KULT) sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion vom 20. Oktober 2014

Ausschreibung Einsammlung von Papierabfall

Vorlage: 2014/0216

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 25.09.2014 und im Hauptausschuss am 07.10.2014 - die als Anlage 1 der Vorlage 2014/0116 beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallentsorgungssatzung)“ vom 04.12.1996 in der Fassung vom 18.12.2012.

Abstimmungsergebnis:

Vorlage 2014/0116 (Verwaltungsvorlage): 26x Ja, 22x Nein
Vorlage 2014/0202 (Ergänzungsantrag AfD): mehrheitlich abgelehnt
Vorlage 2014/0203 (Änderungsantrag CDU): mehrheitlich abgelehnt
Vorlage 2014/0210 (Änderungsantrag FDP): mehrheitlich abgelehnt
Vorlage 2014/0211 (Änderungsantrag FW): mehrheitlich abgelehnt
Vorlage 2014/0214 (Änderungsantrag SPD): mehrheitlich abgelehnt
Vorlage 2014/0216 (Änderungsantrag KULT): zurückgezogen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss:

Für alle, die sich hinter diesem komplizierten Titel nichts vorstellen können: Es geht um die Einführung der Papiertonne. Dann wissen Sie alle, dass das ein ganz aufmerksam diskutiertes Thema der letzten Monate ist.

Ich rufe gleichzeitig auf die zahlreichen Ergänzungs- und Änderungsanträge, die Sie dazu gestellt haben und die so vielzählig sind, dass sich eigentlich jeder von Ihnen da noch irgendwie beteiligt hat. Insofern würde ich jetzt nach der Einführung durch die Verwaltung die übliche Reihenfolge der Aufrufe vornehmen, und dann können Sie jeweils zu der Thematik insgesamt, aber auch zu Ihrem jeweiligen Änderungs- oder Ergänzungsantrag, etwas anführen. - Herr Bürgermeister Stapf.

Bürgermeister Stapf: Ich bin selbstverständlich auf eine eineinhalbstündige Einleitung eingestellt. Mit Ihrem Einverständnis würde ich es kürzer machen und es bei entsprechendem Interesse noch etwas in meiner abschließenden Stellungnahme ausführen.

Ich bedanke mich für das sehr rege Interesse mit fünf Anträgen. Ich bedanke mich an der Stelle ausdrücklich, denn Sie mögen den Inhalt der Antwort nicht in jedem Fall goutieren, aber ich glaube, es ist erkenntlich, dass sich die Verwaltung sehr viel Mühe gegeben hat, sehr engagiert war in der kurzfristigen Beantwortung. Deshalb mein Dank an der Stelle an all jene, die in den letzten Tagen hier zusätzlich Arbeit geleistet haben.

Im Dezember 2013 gab es einen Grundsatzbeschluss zur Papiertonne, zur Neuordnung der Wertstofffassung. Den möchte ich heute nicht erneut ausführen, es sei denn - ich sagte es schon -, Sie wünschen es ausdrücklich. Ich möchte darauf eingehen, was hat sich seither getan. Das ist ganz gut zusammengefasst in der Anlage 4, dem Fortschrittsbericht. Ein paar wesentliche Punkte möchte ich herausgreifen. Wir haben, was wir zugesagt haben, eingehalten. Es gibt die Möglichkeit der Befreiung, wenn das Papier Vereinen gegeben oder an Wertstoffstationen abgegeben wird. Das haben wir schon in der Vorlage vom Dezember so angekündigt und haben es auch umgesetzt in unserem jetzigen Vorschlag. Wir haben als Beteiligung der Bürger eine umfangreiche Erhebung durchgeführt mit 43 000 Beteiligten, nämlich allen Grundstückseigentümern und -verwaltern, und haben die Ergebnisse auch berücksichtigt, z. B. dadurch, dass wir die Wertstofftonne, anders wie im Dezember vorgeschlagen, weiterhin zweiwöchig leeren werden. Wir möchten nicht abstreiten, dass es offensichtlich ein Holzweg war. Die Bür-

ger möchten mit großer Mehrheit diesen Service beibehalten. Dem beugen wir uns selbstverständlich.

Ganz wesentlich, auch schon im Dezember angekündigt, die Unterstützung der Vereine. Wir möchten das weiter gemeinsam mit den Vereinen gestalten. Wir möchten die Vereine als wichtigen Teil der Altpapiersammlung in Karlsruhe unterstützen. Das zeigt sich dadurch, dass auch schon über 20 Vereine jetzt einen Dachverein gegründet haben, der sich diesem Thema widmet. Das Amt für Abfallwirtschaft unterstützt das in vielfältiger Weise. Selbstverständlich wird kein Verein hereingezwungen, sondern es besteht die Möglichkeit, dass jeder Verein das weiter so handhabt, wie er es gerne möchte.

Lassen Sie mich zu drei Schwerpunkten der Anträge kommen. Einer ist - das hatten die Antragsteller in den vergangenen Monaten häufig betont - die Aufhebung der Einföhrung der Papiertonne. Hier haben wir auch vielfältig ausgeführt, dass unsere Rechtsauffassung - die Rechtsauffassung der Stadt wie auch des maßgeblichen Ministeriums in Stuttgart - das nicht zulässt, weder weiterhin Papier und Kartonagen in die Wertstofftonne zu werfen noch das Ganze auf freiwilliger Basis stattfinden zu lassen. Ein weiterer Schwerpunkt ist, bei Einföhrung einer kommunalen Papiertonne die Sammlung durch Private zu organisieren. Das ist im Gegensatz zum erstgenannten Fragenkomplex grundsätzlich möglich. Wir empfehlen Ihnen aber, dass das die Stadt Karlsruhe selbst macht. Das ist keine zusätzliche Aufgabe, weil wir ja schon das Papier in der Wertstofftonne sammeln, sondern das wäre im Prinzip das Gleiche, nur in anderer Art. Selbstverständlich lässt sich das aus juristischen oder organisatorischen Gründen so durchführen, aber unsere Strategie ist, überall dort, wo Direktservice bei den Bürgerinnen und Bürgern stattfindet, da möchte das Amt für Abfallwirtschaft weiter zuständig sein. Wenn man das Ganze als Unternehmensstrategie sieht - Thema Sammlung auf der kommunalen Seite, da haben wir später noch einen anderen Tagesordnungspunkt, in dem wir beim Bioabfall Ihnen einen neuen Weg vorschlagen -, sehen wir die Privaten bei der Verwertung im Spiel.

Letzter Punkt der Anträge: Thema Leiharbeiternehmer - noch nicht diskutiert, neu aufkommen. Ich möchte an der Stelle ausdrücklich sagen, Leiharbeiternehmer kontinuierlich bei der Stadt einzusetzen, entspricht nicht unserer Philosophie, auch nicht meiner persönlichen. Der Kollege Marvi hat mich an meine Vergangenheit erinnert. Ich denke immer gerne zurück, vielen Dank. Meine Einstellung aus der Zeit ist die gleiche geblieben, Leiharbeit in Ausnahmefällen. Allerdings betrifft das nicht nur die Spitzen, sondern eben auch, wie vom Amt für Abfallwirtschaft vorgeschlagen, die Thematik schwer einzuschätzender Bedarfe über relativ kurze Zeit.

Wir bewegen uns, wenn ich das abschließend ausführen darf, bei der Abfallwirtschaft in einem Quadrat vierer Anforderungen:

- Wir haben zum einen als Wichtigstes den Service für die Bürgerinnen und Bürger.
- Daneben haben wir die Gebührenstabilität. Da kann ich Ihnen ankündigen, dass wir nach dem derzeitigen Berechnungsstand auch für das nächste Jahr Gebüh-

renstabilität erreichen werden. Dies kommt dann in den Gemeinderat im Dezember.

- Dritter Punkt ist die soziale Verantwortung. Die drückt sich sowohl nach außen als auch nach innen aus, beispielsweise nach außen, indem wir Vollservice anbieten, nach innen, indem wir uns um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern, gute Arbeitsplätze anbieten. Dazu gehört eben auch: Leiharbeit nur, wenn es notwendig ist.
- Das Vierte ist der Punkt Umweltbedarfe. Da kommen wir aber eher beim Bioabfall dazu.

Letztlich ist es aber so, die Einführung der Papiertonne an sich ist nach deutlich nachgefragten und auch in Frage gestellten und trotzdem aufrechterhaltenen Auskünften des Fachamtes sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch sinnvoll. Das Thema Leiharbeit als sozialer Gesichtspunkt soll ein vorübergehender sein aus pragmatischen Gründen. Selbstverständlich gäbe es sicherlich auch eine Lösung, das anders zu gestalten. Da muss man aber zwei Dinge bedenken. Zum einen müsste man sich bei befristeten Arbeitsverhältnissen auf den maximal denkbaren Bedarf einstellen. Wir werden in den ersten Monaten sicherlich ständige Schwankungen haben, weil beispielsweise Bürgerinnen und Bürger sich weiter befreien lassen. Auch die Kürze der Zeit wird auch all jenen die Bewerbung verwehren, die mit einer Kündigungsfrist in ihrem jetzigen Arbeitsverhältnis zu rechnen haben und deshalb auf die Schnelle zum 01.01., da fängt es eben an, nicht wechseln können.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es wird eine interessante Debatte. Vor allem dieser zweite Fragenkomplex um die Sammlung privat oder kommunal ist letztendlich eine politische Entscheidung. Im Politischen gibt es immer verschiedene Meinungen. Da werden wir die Diskussion abwarten und die Entscheidung des Gemeinderates dann umsetzen.

(Beifall auf der linken Seite des Hauses)

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Wir steigen in die Debatte ein. Das Wort hat Herr Stadtrat Pfannkuch.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Stapf, Sie haben ja schon in wesentlichen Eckpunkten angedeutet, wie sich Ihre Argumentation jetzt entwickelt. Die kommunale grundstücksbezogene Altpapiertonne lehnt die CDU indessen nach wie vor ab. Die Argumente sind Ihnen bekannt. Die Umfrage der Mitglieder des örtlichen Haus- und Grundunterstreicht unsere Argumentation. Die Hälfte aller Haushalte wird voraussichtlich einen Befreiungsantrag stellen. Das alles klingt sehr danach, dass die Aktion zu einem Griff in die Tonne werden wird. Eine Gesetzesänderung, da haben Sie auch darauf abgehoben, zwingt Karlsruhe keinesfalls zu einer gesonderten Papierfraktion. Wir haben ministerielle Stellungnahmen erhalten, die aber keinesfalls aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zwingendes Recht machen. Die Bedenken der CDU, dass die gute und nützliche Übung von Altpapiersammlungen einschläft, sind nicht ausgeräumt - ganz im Gegenteil. Was hierzu in der Vorlage steht, schreckt eher ab: Anwendungspflicht von Vergaberecht, Verein

zur Abwicklung der Gemeinnützigkeitsbestimmungen, Gemeinnützigkeitsverordnung e. V. Da kann ich nur sagen: Geht's noch? Der Stolz der Vereine ist doch im Wesentlichen, dass Vereine mit ihrer Tätigkeit ihre Eigenleistung erbringen. Das geht hier voll und ganz unter. Das hat Tradition, und ganz offensichtlich wollen die Vereine daran festhalten.

Der Gemeinderat hätte es heute noch in der Hand, die unsägliche Einführung der Blauen Tonne zu stoppen. Wir appellieren noch einmal eindringlich in diesem Sinne. Wenn allerdings die Mehrheit dem gleichwohl nicht folgt, macht die CDU-Fraktion nochmals mit ihrem Ergänzungsantrag deutlich, dass das Einsammeln von Papier und Pappe keine ureigene Aufgabe darstellt. Es ist, wie wir gerade gehört haben, eine Unternehmensstrategie des Amtes für Abfallwirtschaft. Das ist aber eben etwas ganz anderes als kommunale Hoheitsaufgabe. Insofern sehen wir auch die Ergänzungsanträge von AfD, FDP und KULT, die in die ähnliche Richtung gehen. Es ist unbestritten, dass Private das zuverlässig, aber günstiger machen können. Wir haben da schon gute Erfahrung mit einem ortsansässigen Unternehmen. Das hat auch Erfahrungen mit Vereinen. Natürlich muss das ausgeschrieben werden. Die Fremdvergabe führt auch nicht zum Verlust bestehender Arbeitsplätze. Das ist jetzt sozusagen der Schlusspunkt Ihrer Ausführungen gewesen, weil das noch bei einigen berechnete Argumente hinterlassen könnte. Wir sind aber der Meinung, wenn überhaupt Spitzen zum Schluss übrig bleiben in einer Übergangsphase, wie Sie selber vorhin gesagt haben, dann kann man die sicher sehr sinnvoll auch an anderer Stelle in dieser Stadt einsetzen, z. B. in der Stadtreinigung. Da sei an dieser Stelle mal gesagt.

Von daher meine ich, dass es da sicher nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen kommt. Dass die blaue Tonne einen Einsparungseffekt haben wird, umso wichtiger ist eben dann, dass die Kosten niedriger bleiben werden. Das sei zu der Kostenstabilität gesagt: Dieser Vorschlag von uns - dieser Antrag, um es genauer zu sagen -, führt gerade zu Kostenstabilität, wenn er nicht sogar zu Kosteneinsparung führen könnte, und ist also in jedem Fall mit einem Einsparungseffekt verbunden. Die CDU-Fraktion wirbt daher um Zustimmung auch bei denjenigen im Hause, die an der getrennten Papiersammlung partout festhalten möchten.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Aus der Sicht der SPD-Fraktion geht es hier bei der Satzungsänderung und den ergänzenden Vorlagen nicht darum, eine Zwangstonne oder - wie auch ein Teil des Gemeinderats sagt - eine überflüssige Tonne einzuführen, vielmehr ist es im Gegensatz zu den Ausführungen vom Kollegen Pfannkuch die logische Umsetzung der gesetzlichen Forderung aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, wie sie auch in der Mehrzahl der Land- und Stadtkreise hier in Baden-Württemberg mittlerweile praktiziert wird.

Die Vorlage ist aus unserer Sicht ein guter Kompromiss zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger als auch den Interessen der Vereine und den Interessen der Kommune. Beispielsweise seien hier genannt die Möglichkeiten einer Befreiung, ebenso wie die Möglichkeiten einer Fortführung der Vereinssammlung, die die Vereine in die

Situation bringen, wirtschaftlich gesichert ihre bisherige Sammlungspraxis fortzuführen bzw. sie auch weiter auszubauen.

Aus unserer Sicht, aus der Sicht der SPD, ist eine grundsätzliche Entscheidung der kommunalen Daseinsvorsorge, wie sich die Stadt Karlsruhe positioniert, wie sie mit den Möglichkeiten der Abfallentsorgung umgeht. Es ist ein legitimes Anliegen der Kommune, auch nach dem Wirtschaftlichkeitsgebot durch eine Erhöhung der Recyclingquote und letztendlich durch eine Einsparung bei der Sortierung einen Mehrerlös zu erwirtschaften und diesen im Sinne einer Stabilisierung der Müllgebühren zurückzuführen. Aus unserer Sicht ist es in keiner Weise akzeptabel, dass es eine Risikoverschiebung zu Lasten der Kommune gibt. Die kommunale Daseinsvorsorge ist ein elementarer Bestandteil, und aus unserer Sicht stellt sich hier die Frage, ob dies nicht der Einstieg vom Ausstieg aus der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Da muss ich an die CDU die Frage stellen, was nach der Müllentsorgung kommen soll. Geht es dann im zweiten Schritt um das Städtische Klinikum oder andere kommunale Einrichtungen?

(Zurufe aus den Reihen der CDU: Ojoi, ojoi, ojoi!)

Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber es gibt genug Beispiele aus anderen Kommunen. Ich verweise auch gerne auf das Beispiel Berlin, wo jetzt aus bekannten Gründen entsprechende Infrastrukturen zurückgekauft werden.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Wehret den Anfängen!)

Für uns ist elementar letztendlich auch die Frage der Arbeitsplatzgestaltung. In unserem Ergänzungsantrag haben wir darauf verwiesen, dass es für uns nur schwer akzeptabel ist, dass auf Leiharbeiterbasis Beschäftigte eingestellt werden. Wir fordern von daher eine zeitnahe Umwandlung dieser Arbeitsverhältnisse in reguläre Arbeitsverträge, was sich auch mit der Position der Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenvertretung, sprich: des DBG, deckt.

Zusammengefasst steht die SPD-Fraktion - mit Ausnahme der Positionierung hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse - zu diesem Antrag, auch in der eingebrachten Form. Grundsätzlich haben wir mit Verwunderung festgestellt, dass einige Fraktionen ihre Position innerhalb kürzester Zeit überdacht haben und letztendlich zu einem anderen Ergebnis kamen, bezogen auf die KAL, was letztendlich ein Paradigmenwechsel hinsichtlich der bisherigen Position war.

(Stadtrat Cramer/KULT: Welche KAL?)

- Oder KULT. Letztendlich wird es von der KAL mitgetragen.

In diesem Sinne begrüßen wir die Umsetzung dieses Antrags und die Satzungsänderung in vollem Umfang.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es war eigentlich schon immer klar - das ist auch die Aussage des Zentralen Juristischen Dienstes -, dass eine Papiertonne ab 2015 Pflicht wird. Da müssen wir uns einfach daran halten. Das ist keine Entscheidung des Gemeinderates, auch wenn der Landkreis Karlsruhe im Moment noch hinterherhinkt. Die werden aber auch irgendwann folgen, die wollen es sich eben vom Land bestimmen lassen und können dann sagen, das Land ist schuld, dass wir die Papiertonne einführen. Wir halten uns hier einfach an die gesetzlichen Bestimmungen.

(Ooh-Rufe von der CDU; Beifall auf der linken Seite des Hauses)

Zum Einsammeln: Es ist tatsächlich keine Pflichtaufgabe, Herr Pfannkuch, das einzusammeln. Aber es ist so, wie es Herr Stapf gesagt hat, es ist eine politische Entscheidung. Uns ist einfach wichtig, dass wir das Einsammeln aller Abfallarten in der Hand haben, u. a. damit wir einen Überblick haben, wie viel da wirklich zusammenkommt, um damit schneller auf neue Entwicklungen reagieren zu können, z. B. neue Fahrzeuge anschaffen oder vieles mehr. Wenn man ausschreibt, muss man sich auf einige Zeit binden und kann dann eben auch nicht nachsteuern. Wir haben es bei den Altkleidercontainern gesehen. Als die Stadt die übernommen hat, war da plötzlich viel mehr drin als vorher. Die Leute haben sich nicht beschwert, dass die nicht geleert werden. Das kam eben daher, dass die frühere Firma andere Zahlen angegeben hat, warum auch immer. Vielleicht geben die Leute jetzt mehr Kleider, weil es eine städtische Sammlung ist. Keine Ahnung. Es ist einfach besser, diesen ersten Schritt in der Hand zu haben. Das Weitere dann, die Verwertung, eventuell auch eine Sortierung vorher, kann vergeben werden an eine Firma, keine Frage.

Eine durchaus gewollte Nebenwirkung ist eben auch, dass wir damit auch das Gehalt der dort Beschäftigten selbst bestimmen können. Vermutlich werden sie schlechter bezahlt, wenn es durch eine Firma gemacht wird, denn irgendwo muss die Firma auch ihren Profit herholen. Normalerweise wird es dann eben von den Angestellten geholt.

Zum Antrag von KULT, Ausschreibung mit gleichem Gehalt. Das wären eben aber auch nicht gleiche Bedingungen. Wenn man ausschreibt, kann man nur für eine bestimmte Zahl von Jahren ausschreiben. Entsprechend können die Mitarbeiter in so einer Firma dann nicht fest angestellt sein, weil sie ja nie weiß, ob sie die Ausschreibung in einigen Jahren dann wieder bekommt. Bei uns haben die Beschäftigten die Sicherheit, dass sie auf Dauer bei der Stadt beschäftigt sind.

Zum Aspekt Leiharbeit. Wir haben uns hier schon immer gegen Leiharbeit ausgesprochen. Das ist bekannt. Wir wollen grundsätzlich keine Leiharbeit. Deshalb waren wir am Anfang sehr kritisch, aber im Ausschuss wurde uns eben dargelegt, dass es in diesem Fall nicht anders geht, als mit Leiharbeit zu arbeiten, weil wir überhaupt nicht wissen, wie viel tatsächlich an Arbeit anfällt und zudem auch noch, was Herr Stapf gesagt hat, am Anfang eben zusätzliche Arbeit dadurch kommt, dass das Ganze erst einmal eingeführt werden muss. Da gibt es eben Anfangsschwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Alle müssen mit einer Tonne ausgestattet werden. Andere Tonnen müssen zurückgenommen werden. Das muss sich erst einmal einspielen. Nach einigen Monaten ist dann eben tatsächlich bekannt, wie viel Mehrarbeit es ist. Da hat die Verwaltung ja zugesagt, dass sie dann zügig auch Personal einstellen wird. Wir haben auch deshalb

zugestimmt, weil ein Kernproblem der Leiharbeit hier gar nicht auftritt: Das ist nämlich, dass Leiharbeiter eben nie wissen, wie lange sie noch beschäftigt sind, dass sie ohne Weiteres irgendwann einmal entlassen werden können. Falls es sich ergibt, dass die Leute auf Dauer gebraucht werden, haben diejenigen, die hier als Leiharbeiter arbeiten, dann die besten Voraussetzungen, auch auf Dauer so eine Stelle zu bekommen. Die sind bekannt. Die werden dann wahrscheinlich auch genommen, es sei denn, sie wären schlecht. Dann wird es auch Gründe geben, sie nicht auf Dauer einzustellen. Deshalb haben wir gesagt, ausnahmsweise stimmen wir eben zu, dass in diesem Fall auch Leiharbeit genommen wird.

Eine Frage hätte ich noch. Wäre es möglich, dass diese Leiharbeiter den gleichen Lohn bekommen können wie städtische Mitarbeiter, dass Sie also der Leiharbeitsfirma so viel Geld zahlen, dass die in der Lage ist, ihren Mitarbeitern auch ein entsprechendes Gehalt zu zahlen? Dann wäre auch der zweite Nachteil von Leiharbeit weg, dass die Beschäftigten normaler weniger verdienen. Ich betone noch einmal, es geht hier nur um wenige Monate, über die wir hier sprechen.

Dann noch zur CDU. Die hat in ihrem Antrag geschrieben, Leiharbeitskräfte ließen keinen reibungslosen Ablauf der Sammlung der Blauen Tonne erwarten. Das kann ich jetzt überhaupt nicht verstehen, egal, ob man jetzt Leiharbeiter oder städtische Mitarbeiter einstellt, die haben immer Anfangsschwierigkeiten. Das wird sich dann auch geben. Davon kann man wahrscheinlich ausgehen. Eine andere Sache der CDU, der ich zustimmen kann, ist, dass es nicht sinnvoll sei, alle Straßen mit zwei verschiedenen Papierabfallsammelfahrzeugen abzufahren. Ja, das ist nicht sinnvoll, vollkommen korrekt. Deshalb hätten wir lieber auch derjenigen Firma, die im Moment einige blaue Tonnen aufstellt, untersagt, diese Tonnen aufzustellen, damit eben diese vielfache Abfuhr nicht passiert.

(Unruhe, Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

Aber das lässt sich ja nach der neuesten Auskunft nicht durchsetzen.

Es wurde auch schon erläutert, eine getrennte Sammlung komme aus rechtlichen Gründen nicht in Frage. Freiwillige Altpapier-tonne dürfen wir sie auch nicht nennen, weil es dann nicht mehr so wäre, dass es der Normalfall ist, dass die Leute ihre Sachen über die Altpapier-tonne abgeben.

Noch ein Letztes zur CDU. Die Vereinssammlung ist in keiner Weise gefährdet. Das Amt für Abfallwirtschaft tut alles, um die Vereinssammlung mindestens zu erhalten, wenn nicht sogar zu stärken. Da müssen wir einfach sehen, was sich jetzt ergibt, inwieweit sich das durchsetzt. Aber wir sind eigentlich guter Hoffnung, dass das auch passieren wird.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wir von der KULT-Fraktion stehen voll hinter der Änderung der Abfallentsorgungssatzung zur Einführung der Blauen Tonne. Die wesentlichen Punkte dafür sind:

1. Wir sind rechtlich ab dem 1. Januar 2015 dazu verpflichtet, aufgrund des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Papier getrennt zu sammeln. Dies ist die übereinstimmende Auffassung unseres Zentralen Juristischen Dienstes und des Landesumweltministeriums. Es stellt sich also nicht die Frage nach dem Ob, sondern nur nach dem Wie. Die abweichende rechtliche Auffassung von CDU und FDP teilen wir nicht. Mit den Änderungsanträgen der FDP und der CDU würde demnach die Stadt Karlsruhe die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllen. Die KULT-Fraktion lehnt diese Anträge deshalb ab.
2. Die getrennte Papiersammlung verbessert das Recycling und hat ohne Zweifel einen positiven Effekt für nachhaltiges und ökologisch verantwortungsvolles Wirtschaften, wie dies auch vom Gesetzgeber auf Bundes- und Europaebene vorgesehen ist. Dazu machen wir es ja.
3. Die Umstellung senkt die zu sortierende Sammelmenge der Wertstofftonne und die damit verbundenen Kosten erheblich. Obendrein sind hier Mehrerlöse aus dem sortenreinen Altpapier zu erwarten. Die Stadt hat hier die Möglichkeit, tatsächlich zu sparen, indem eine Ausgabe gesenkt wird und nicht, indem man einfach mehr Einnahmen generiert, was ja eigentlich eine Sache ist, die das bürgerliche Lager sonst immer gutheißt. Ich weiß nicht, wo hier die großen Widerstände herkommen.

(Beifall bei der KULT-Fraktion)

Außerdem ist eine Serviceminderung bei der Wertstoffsammlung nicht zu erwarten. Wir bleiben bei dem zweiwöchigen Rhythmus.

Die KULT-Fraktion wünscht sich allerdings, dass die für die Gebührenzahlenden günstigste Lösung gefunden wird. Wir möchten aber auch, dass kein Lohndumping betrieben und das derzeitige Lohnniveau in der Karlsruher Abfallentsorgung gehalten wird. Das kann aus rechtlichen Gründen kein Kriterium für eine öffentliche Ausschreibung der Sammlung sein. Deswegen ziehen wir unseren Antrag nachher zurück, weil es einfach juristisch nicht geht, was wir uns gerne wünschen würden. Nur eine Bindung an einen Tariflohn ist möglich, der allerdings niedriger wäre als der aktuelle Lohn im öffentlichen Dienst. Mit einer öffentlichen Ausschreibung kann die Sozialverträglichkeit also nicht gewährleistet werden, vielmehr wird durch das wichtigste Vergabekriterium des niedrigsten Preises sogar Lohndumping bis zu einem gewissen Punkt unterstützt. Für uns kommt daher nur in Frage, dass das AfA die Sammlungsaufgabe selbst erfüllt.

Noch einmal zu dir, lieber Raphael, das ist für uns kein Paradigmenwechsel. Wir sehen uns eben als Vertreter der Gebührenzahlenden. Wenn es nicht anders geht, dass trotzdem das Lohnniveau bleibt, dann wird es halt über das AfA gemacht, ansonsten wäre auch eine Ausschreibung für uns in Ordnung gewesen. Wir müssen aber gucken, dass die Gebühren niedrig bleiben. Wie üblich sollten ökologische Aspekte in der Ausschreibung beachtet werden. Ansonsten Leiharbeit so wenig wie möglich, wie aus meinen Ausführungen zu entnehmen ist. Die Vereinssammlung wird weiter möglich sein. Die private Konkurrenz ist gegeben. Es sind wirklich wenige Gründe, warum man es man bei dem Konzept jetzt noch ablehnen kann.

(Beifall bei der KULT-Fraktion)

Stadtrat Høyem (FDP): Das war wirklich eine lange Reise, eine lange politische und sehr labyrinthische Reise. Hoffentlich sind wir heute an der Endstation angekommen. Unterwegs haben wir immer und immer das Ziel gewechselt. Unterwegs sind glücklicherweise viele frühere Passagiere abgestiegen. Heute können wir alle deutlich sehen, dass die ganze Reise total überflüssig war.

Erste Station war in diesem Saal am 20.11.2012. Ich erinnere mich ganz genau an das Ziel, weil ich ein neues deutsches Wort lernen musste. Das Wort war „zu untersagen“. Die ganze Reise haben wir mit dem Ziel begonnen, die Privatwirtschaft zu untersagen. Ich erinnere mich sehr deutlich, dass wir Liberalen ganz alleine gegen diese Reise waren und gegen dieses Ziel. Alle anderen in diesem Saal haben dem Ziel und der Reise zugestimmt, auch unsere Freunde in der CDU. Die Argumentation war eine bis heute sehr diskutierte Interpretation von der rechtlichen und gesetzlichen Notwendigkeit. Nächste Station war, dass in der Praxis alle privaten Haushalte, mit ganz wenigen Ausnahmen, verpflichtet werden sollten, diese städtische Tonne zu benutzen. Damit soll die Stadt Geld wegen der Sortierung der Wertstofftonne einsparen und auch durch den Erlös von Papier, das früher Private eingesammelt hätten. Die gigantische Investition in Material und auch in Personal soll auch damit bezahlt werden, dass die Wertstofftonne nur alle vier Wochen statt jede zweite Woche entleert werden soll.

Von einem Schreibtisch aus betrachtet, war dieses Luftschloss wohl eine logische Reise, aber man hat etwas vergessen. Die wichtigsten Passagiere, nämlich die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger, waren überhaupt nicht an dieser Reise und dem Reiseziel interessiert. Jetzt sind wir von dieser überflüssigen Reise zurück. Alle Ziele sind klugerweise aufgegeben. Warum die Lokführer unserer Abfallwirtschaft auch ohne Passagiere die Reise fortsetzen wollen, kann wahrscheinlich auch das Orakel von Delphi nicht erklären. Wir Liberalen waren niemals mit im Zug, und wir haben vor der Reise gewarnt. Das tun wir auch heute.

Zwei Kommentare zum CDU-Änderungsantrag: Wir freuen uns wirklich, dass Sie, liebe Kollegen, jetzt endlich auch von der Reise aussteigen wollen. Wir haben niemals verstanden, warum Sie ursprünglich überhaupt am 20.11.2012 eine Fahrkarte für die Reise gelöst haben. Aber im letzten Absatz in eurem Antrag steht ein Wort, das wir überhaupt nicht verstehen, das Wort „selbstverständlich“. Die ursprünglich wirtschaftsfreundliche Partei CDU wünscht für immer sämtliches Personal in der Abfallwirtschaft zu behalten, egal, ob sie gebraucht werden oder nicht. Das sagt die Partei, die neulich der städtischen Übernahme von der früheren privaten Altkleidersammlung zugestimmt hat mit dem klaren Wissen, dass es private Arbeitsplätze gekostet hat. Deshalb enthalten wir uns.

Herr Oberbürgermeister, eine Bemerkung hier am Ende an Sie direkt. Ich gehe davon aus, dass Sie alle Vorlagen für unsere heutige Sitzung akzeptiert haben. Wie ist es logisch möglich, hier in TOP 3 eine Erweiterung der städtischen Aufgaben zu diskutieren und dann zu TOP 29 die oberflächliche Antwort zu geben - ich zitiere diese oberflächliche Antwort: „Die Stadtverwaltung plant nicht, ihr eigenes wirtschaftliches Tätigkeitsfeld über dasjenige einer Beteiligungsbeteiligungsgesellschaft auszuweiten.“ Nach unse-

rer Meinung sollten Sie den TOP 29 heute absetzen und dann in der nächsten Gemeinderatssitzung darauf zurückkommen mit einer seriösen Antwort auf diese Anfrage.

Falls gegen unseren Wunsch eine Mehrheit im Saal doch diese politische, labyrinthische und ziellose Reise fortsetzen will, dann warnen wir. Die Planung war bis jetzt wahrlich keine Lustreise. Eine Fortsetzung wird mit Garantie eine Verlustreise. In diesem Fall lösen wir lieber Fahrkarten zur Privatbahn.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir sind auch der Meinung, dass das bisherige System eigentlich gut funktioniert. Es zeichnet sich allerdings hier im Saal eine Mehrheit dafür ab, das bisherige System so nicht mehr beizubehalten. Ich habe bereits im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit dazu gesagt, dass es ganz entscheidend ist, wie die blaue Tonne dann eingesammelt wird, denn unser Ziel muss doch sein, die Abfallgebühren durch diese neue Maßnahme nicht zu erhöhen. Herr Kaufmann vom Abfallwirtschaftsamt hat allen Fraktionen Informationsveranstaltungen angeboten, die wir auch gerne angenommen haben, und hat uns auch eine Präsentation mitgegeben, aus der ersichtlich war, dass das Konzept der Stadt funktionieren kann, aber es ist eine enge Sache, und es hängt ganz entscheidend von der Akzeptanz der Bevölkerung ab. Die Erlöse sollen über zwei Schienen generiert werden. Einmal soll dadurch, dass in der roten Tonne kein Papier mehr drin ist, das Sortieren der roten Tonne billiger werden. Zum anderen soll für das Papier, das dann separat eingesammelt wird, ein höherer Erlös erzielt werden. Mit diesen beiden Beiträgen will man die zusätzlichen Ausgaben, die durch das Einsammeln und durch die Tonnen kommen, kompensieren. Dieses Kompensieren kann nur funktionieren, wenn die Bevölkerung wirklich mitmacht, wenn wirklich nachher kein Papier mehr in der roten Tonne ist - oder so gut wie keines mehr - und wirklich alles Papier in die blaue Tonne geht. Die Bevölkerung wird nach unserer Meinung nur mitmachen, wenn das Ganze effektiv funktioniert, wenn also auch die Einsammlung effektiv funktioniert, wenn die bisherigen anderen Möglichkeiten des Sammelns über die Vereine weiter funktionieren.

Jetzt gibt es hier in Karlsruhe aber eine Firma, die das bereits seit einigen Jahren sehr erfolgreich auf freiwilliger Basis macht, sowohl über die Tonne als auch durch Unterstützung der Vereine, und zwar auf eine Art und Weise, wo dann sogar die Autos und die Fahrer zur Verfügung gestellt werden und die Vereine nur das Papier einsammeln müssen. Deswegen plädieren wir dafür, Firmen wie dieser die Chance zu geben das Papier einzusammeln, die Chance zu geben, ein Angebot abzugeben und dann das Papier einzusammeln, damit nämlich die Müllgebühren nicht steigen. Andernfalls wäre das mit deutlich höherem Aufwand verbunden. Dann müssten durch jede Straße wirklich zwei Autos fahren, ich als Stadt müsste wirklich mehrere Autos zusätzlich kaufen, ich müsste zusätzliche Leute einstellen. Die Kosten würden deutlich steigen. Wenn man die Sache ausschreibt und einer Firma, die darin schon Erfahrung hat, die Möglichkeit gibt, diesen Dienst zu übernehmen, dann wird das Ganze höchstwahrscheinlich reibungslos funktionieren. Diese Reibungslosigkeit ist entscheidend für die Akzeptanz durch die Karlsruher Bevölkerung. Nur dann kann das Ganze funktionieren, ohne dass es mehr Gebühren kostet.

Deswegen appelliere ich jetzt noch einmal an die Kollegen von KULT, die meinem ursprünglich formulierten Antrag in einer gewissen abgewandelten Art und Weise gefolgt sind. Mir tut es auch Leid, dass es so nicht geht, wie Sie sich das gedacht haben. Es ist aber anscheinend so, dass es so nicht geht.

(Stadtrat Cramer/KULT: Ihnen folgen wir nicht!)

- Jetzt denken Sie aber bitte darüber nach. Geht es denn wirklich nur um die Bezahlung der drei, vier Müllautofahrer, oder geht es darum, dass in Karlsruhe die ganze Bevölkerung weiterhin niedrige Müllgebühren hat? Ich glaube noch nicht mal, dass die Bezahlung bei einem privaten Unternehmen schlechter sein muss, als es bei der Stadt der Fall ist. Das wird hier unterstellt, das glaube ich nicht. Auf dieser Basis wird hier auch argumentiert. Das ist der einzige Grund, der hier bisher genannt wurde, warum das Einsammeln der blauen Tonne nicht ausgeschrieben wird. Der einzige Grund war die Sorge darum, dass die Leute, die da arbeiten, nachher weniger verdienen als bei der Stadt. Für diese Sorge sehe ich keine Basis. Viel wichtiger ist doch, dass wir versuchen, die Müllgebühren niedrig zu halten, dass wir für die Einwohner in unserer Stadt die beste Lösung finden. Deswegen appelliere ich an alle Fraktionen, unserem Antrag oder von mir aus auch einem aus einer anderen Fraktion, der in dieselbe Richtung geht - wir sind da offen, wir können uns auf einen anderen einigen -, zuzustimmen, damit dann nicht zwei verschiedene Autos jeden Tag alle Straßen abfahren müssen, sondern dass eine private Firma die Möglichkeit bekommt, ein Angebot zu machen und das Ganze nachher effektiv erledigen kann.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte doch ein bisschen Erinnerungskultur betreiben. Ich erinnere mich daran, als diese Vorlage eingebracht wurde, hieß es, dass wir schnell agieren müssen. Wenn wir den Termin nicht halten würden, wäre es nicht mehr möglich, der Firma, die bisher die blaue Tonne betreibt, zu untersagen, dass sie einsammeln darf. Deswegen war dieser unglaubliche Dampf dahinter. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, damals in unserem Ausschuss war das genau das Thema. Deswegen müssen wir das machen, das war der Grund, warum so eine Hetze drin war. Der zweite Grund war die Rechtslage mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz. Damals wurde gesagt, es ist zwingend. Jetzt in der Vorlage heißt es, die Landesregierung empfiehlt, ermutigt uns. Das ist eine sehr viel weichere Formulierung, hat alles nicht mehr den Drive. Von der Erinnerung her sind wir als Gemeinderat in unglaublicher Weise unter Druck gesetzt worden. Ich muss ehrlich gestehen, dass mich das ärgert. Ich ärgere mich nicht so schnell, auch als Gemeinderat, aber das hat mich im Nachhinein geärgert, so dass ich die Vorgehensweise nicht sehr glücklich finde. Ich möchte es einfach einmal nur „unglücklich“ nennen.

Zur Wirtschaftlichkeit. Man hat jetzt im Nachhinein eine Umfrage gemacht, was meines Erachtens nicht sehr sinnvoll ist, also eine Umfrage zu machen, nachdem man etwas beschlossen hat. Aus meiner Sicht wäre das vorher richtig gewesen. Dadurch hat man festgestellt, dass die Gewinnmarge gar nicht so hoch ist, dass anstatt 2 1/2 Millionen jetzt gerade so eine gute Million rauskommt. Die ganzen Fakten brechen so in sich zusammen. Wir haben uns bisher enthalten und werden uns heute auch nicht zu einem Ja durchringen, sondern wir werden Nein sagen, und zwar nicht weil wir sagen, die blaue Tonne ist grundsätzlich falsch. Aber wie schon gesagt wurde, es kann nicht sein, dass

die Stadt in Konkurrenz zu einem privaten Anbieter tritt und wir hier um Kontingente ringen, wer kriegt jetzt mehr. Vielleicht kommt der Private noch auf die Idee, er gibt ein Bonussystem und kann das völlig rechtmäßig tun. Entweder man findet eine Lösung, dass man tatsächlich Bezirke ausfindig macht, wo der eine anbietet, im anderen die Stadt. Dass aber beide Konkurrenten dieselben Straßen durchfahren, ist unmöglich. Das geht einfach nicht. Da muss ich Nein dazu sagen. Wenn eine, neue etwas durchdachte Vorlage an dieser Stelle auf den Tisch kommt - Entschuldigung, wenn ich das jetzt so sage -, sind wir bereit, darüber wieder zu sprechen. Aber so wie sie sich jetzt darstellt, ist es einfach nicht durchgängig konsequent und logisch.

Unser Nein steht, aber wir sind für die Zukunft verhandlungsbereit.

(Vereinzelter Beifall aus den Reihen der CDU)

Stadtrat Wenzel (FW): Bereits mehrfach, auch in den Ausschüssen, haben wir Freien Wähler darauf hingewiesen, dass wir das bestehende Abfallsystem als rechtlich ausreichend betrachten. Immerhin erreicht die Stadt Karlsruhe 2012 in einem Vergleich des Kieler Instituts für Weltwirtschaft der 30 größten deutschen Städte den vierten Platz für seine gute Recyclingquote. Künftig ist mit einer hohen Anzahl von Befreiungsanträgen zu rechnen. Ich zitiere hier mal kurz aus der Pressemitteilung zur Erhebung der Papiertonne das AfA: Über 300.000 Adressaten sandten ihren ausgefüllten Fragebogen zurück. Die Auswertung ergab u. a., dass sich fast 80 % der Antwortenden für die Beibehaltung des bisherigen Abholrhythmus der Wertstofftonne aussprechen. Den behalten wir bei. Das haben wir gehört. Da haben wir uns sehr weit bewegt. Das Amt für Abfallwirtschaft wird dem Gemeinderat vorschlagen, diesen Rhythmus beizubehalten. Weiterhin wollen fast 50 %, also fast die Hälfte der Antwortenden, eine Befreiung von der Papiertonne beantragen. Ich komme später noch einmal darauf zurück. Daher schätzen wir Freien Wähler, dass das finanzielle Risiko der Stadt wirtschaftlich unkalkulierbar ist. Wissen wir, dass es nicht viel mehr Leute sind, die sich befreien lassen? Was nützt es, wenn wir zigtausend Tonnen kaufen und die Befreiung läuft und läuft.

Aus diesem Grund fordern wir, auch in unserem Ergänzungsantrag, die Einführung der Papiertonne auf freiwilliger Basis. Uns ist es egal, ob es auf städtischer oder privatwirtschaftlicher Basis ist, wobei ich die Vorteile für die Privatwirtschaft, die ja die Erfahrung hat, auch verstehe und es auch locker mittragen kann. Ich kann auch die Argumentation nicht verstehen, dass das rechtlich nicht gehen soll, denn die Privatwirtschaft macht ja nichts anderes. Wir werden die zahlreiche Anträge - ich gehe jetzt nicht auf jeden einzelnen ein - unterstützen, denn ich habe in der Vergangenheit gesagt, ich halte diese Papiertonne für nicht sehr sinnvoll und werde es auch heute so halten.

Auf die einzelnen Sachen bezogen, geht es vielleicht in der zweiten Runde weiter.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich möchte ganz kurz noch etwas sagen zu diesen beiden Konkurrenten, die das übernehmen könnten, diese neue Aufgabe, die sich der Stadt stellt. Es wird so mit den Verlockungen der Privaten geliebäugelt, die könnten das irgendwie besser. Ich habe deswegen einmal gesammelt, was eigentlich für das Amt für Abfallwirtschaft, für die Stadt spricht. Das haben wir in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren in der Diskussion erlebt.

Es gab Konflikte, die sind aus meiner Sicht sehr gut bearbeitet worden. Es ist ein differenziertes Konzept vorgelegt worden. Dies ist nah an den Menschen der Stadt, auch an den besonderen Interessen, z. B. derer, die Papier noch sammeln wollen. Das Amt für Abfallwirtschaft hat, soweit ich das beurteilen konnte, alle Fragen sehr geduldig und gut beantwortet, hat uns auch zu Gesprächen eingeladen, hat eine Art von Öffentlichkeitsarbeit betrieben - die würde ich mir für solche Prozesse wünschen - und hat aus meiner Sicht realistisch durchgerechnet. Ich würde jetzt auch keine Gebührenexplosionen erwarten, selbst wenn das Aufkommen an Papier sich jetzt nicht so entwickelt, wie wir uns das denken. Ich hatte da den Eindruck, da wird sehr realistisch gerechnet. Wenn tatsächlich finanziell etwas hängenbleiben sollte, hätte ich persönlich nichts dagegen, also wenn auch einmal bei der Stadtkasse etwas hängenbleibt und man damit einfach anders, neu arbeiten kann.

Das Amt für Abfallwirtschaft, die Stadt hat durchaus auch Erfahrungen mit Vereinen, ist mit denen im Gespräch. Also auch da hätte ich größtes Vertrauen.

Es ging in den Zusatzanträgen oft darum, dass man die Akzeptanz der Bevölkerung braucht. Da kann ich mich erinnern, dass ein Konzept vorgelegt wird, dass diese Akzeptanz der Bevölkerung befördern soll, ein Konzept, was schon in der Schublade liegt beim Amt für Abfallwirtschaft. Ich habe mich gefragt, sollten das dann diese Privaten übernehmen und das dann auch selber bezahlen, denn das kostet ja auch einen Haufen Geld. Ich bin mir da sehr unsicher, ob das für die Privaten tatsächlich etwas bringen würde. Ich glaube, dass insgesamt diese kommunale Aufgabe von einem kommunalen Amt am besten zu bewältigen ist und irgendwelche Ausflüge zu den privaten Unternehmen nichts bringen. Auch der Glaube, dass die privaten Anbieter keine Leiharbeiter einsetzen würden, da frage ich mich, wie jemand darauf kommt. Ich finde die Kritik berechtigt, aber auch da würde ich sagen, die Stadt geht damit offener um, und wir haben mehr Einfluss, da etwas zu machen als bei Privaten.

Also von den Linken hat das Konzept die volle Zustimmung, insbesondere auch das Amt für Abfallwirtschaft, dem wir für die Öffentlichkeitsarbeit ganz herzlich danken.

(Vereinzelter Beifall aus den Reihen der Grünen)

Der Vorsitzende: So jetzt die zweite Runde, Herr Stadtrat Pfalzgraf.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Eigentlich wollte ich mich nur zu dem Thema Leiharbeit noch einmal melden. Da werde ich auch gleich etwas dazu sagen.

Aber es sind jetzt einige Dinge angesprochen worden, die man so nicht stehenlassen kann. Herr Høyem, Sie haben von einer Reise gesprochen, die ins Nichts führte, die überflüssig war. Ich glaube, Sie können diese Reise gar nicht bewerten, weil die FDP nämlich von vornherein den Zug schon verpasst hat und bei der Reise gar nicht dabei war. Sie waren genau diejenige Fraktion und Partei, die draußen in der Öffentlichkeit die Menschen verunsichert hat mit Aussagen von Pflichttonne und Zwangstonne und ähnlichen Dingen, die es gar nicht gab. Die standen nie zur Debatte, sondern nur der

Auftrag, sortenrein Papier zu entsorgen. Das ist keine Zwangstonne und keine Pflichttonne, sondern nur ein Auftrag, zu entsorgen, und zwar sortenrein.

Nächster Punkt: Die Behauptung, dass die Vereine das Nachsehen hätten - das hat auch der Kollege Pfannkuch vorhin noch einmal so dargestellt -, stimmt schlicht und einfach nicht, weil nämlich klar dargestellt ist, dass die Vereine mit dieser Lösung, so wie es jetzt in dieser Vorlage steht, künftig mehr Geld haben werden. Das ist so. Das können Sie nicht in Frage stellen, es sei denn, die Verwaltung hätte uns angelogen, und das möchte ich nicht unterstellen. Insofern bedanke ich mich natürlich auch bei der KULT-Fraktion, denn es war eine weise Entscheidung, diesen Antrag zurückzuziehen. Sie haben das auch sehr nachvollziehbar begründet und dargestellt.

Ich frage mich schon, wenn von 43 Landkreisen in unserem Ländle 39 sagen, ja, wir setzen das um oder haben schon umgesetzt, und die sind meines Wissens nach mit konservativen Landräten besetzt, die dort in der Verantwortung stehen, warum die das gemacht haben. Ich habe eher das Problem, dass wir Karlsruher ein Problem damit haben und keiner kann so richtig erklären, warum. Aber da muss er die Vorlage noch einmal richtig durchlesen. Das steht es klipp und klar drin, warum es denn so ist.

Herr Wenzel, Ihre Sorge, was die Befreiung betrifft, die viele beantragen werden. Das hoffen wir ja. Wir hoffen, dass viele eine Befreiung beantragen. Das sind nämlich dann diejenigen, die ihr Papier überwiegend den Vereinen geben, und die Vereine profitieren davon. Die Verwaltung, sprich: das Amt für Abfallwirtschaft, hat garantiert überhaupt kein Problem damit. Hoffentlich kommt es so, wie Sie es befürchten, Herr Kollege Wenzel.

Jetzt noch etwas zum Thema Leiharbeit. Mein Kollege Dr. Fechner hat es schon dargestellt. Jetzt wurde es aber von dem grünen Kollegen so interpretiert, dass es ja ein schöner Zug wäre von der Verwaltung zu sagen, nur am Anfang, weil wir ein bisschen Probleme hätten. Bis sich das eingespielt hätte, würden wir Leiharbeitskräfte einstellen. Der Herr Bürgermeister Stapf und ich haben die gleiche Vita, zumindest, was dieses Thema betrifft. Beide waren wir Betriebsratsvorsitzende in großen Unternehmen, und beide haben wir erlebt und dagegen gekämpft, dass Leihkräfte eingestellt werden, weil nämlich damit nicht nur auf Dauer Stammbeschaften reduziert werden, sondern weil das Problem ist, dass die Leihkräfte - da widerspreche ich Ihnen, was Sie vorhin gesagt haben - in der Regel an ihre Verleiher gebunden sind. Die haben unter Umständen, nicht bei allen, aber bei vielen, größte Schwierigkeiten, wenn sie einen Arbeitsplatz angeboten bekommen, dass sie ihn nicht antreten können, weil sie vertragsmäßig an ihren Verleiher gebunden, im Grunde schicksalsmäßig hilflos ausgeliefert, sind. Deshalb wollen wir, dass die Stadt auch aus moralischer Begründung heraus keine Leiharbeiter, auch nicht für den Anfang, einstellt. Ich glaube, die Erfahrung in diesem Hause dürfte groß genug sein, abschätzen zu können, wie viele Kräfte man braucht, und dass man diese offene Frage nicht unbedingt mit Leihkräften ausgleicht. Ich bin sehr überzeugt davon, dass Sie von vornherein nicht zu viele Kräfte einstellen werden. Deshalb bestehen wir darauf, dass unser Antrag abgestimmt wird.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Als Antwort im Wesentlichen auf die Kollegen Pfannkuch, Høyem und Schmidt: Erst einmal der Satz: Lesen bildet. Lesen und verstehen, noch besser. Lesen, verstehen und Fakten akzeptieren, das ist die Königsdisziplin. Der Fakt ist einfach, dass wir eine rechtliche Vorgabe haben im Kreislaufwirtschaftsgesetz. Da steht eindeutig, wir müssen ab dem 01.01.2015 den Papierabfall vom Rest getrennt einsammeln. Wie wir das machen, da sind wir doch einigermaßen frei, und wer es macht, da sind wir auch noch einigermaßen frei, aber der Fakt ist, wir müssen es getrennt einsammeln. Dieser Aufgabe hat sich das Amt für Abfallwirtschaft gestellt und hat uns einen Vorschlag gemacht, dem über 90 % aller Landkreise in Deutschland bereits gefolgt sind, nämlich dem Vorschlag einer Papiertonne. Lesen, verstehen, Fakten akzeptieren und noch besser ist, sich einmal umzuhören, wie es dort gelaufen ist. Dann kommt man auf den Trichter, dass dort sogar mehr Leute mitgemacht haben, als vorher von der Verwaltung erwartet wurde, weil viele dann doch sehen, das ist ein Riesenvorteil, wenn ich so ein Ding in meinem Vorgarten oder in meinem Hof stehen habe. So weit zu dem Thema, warum das passieren muss, warum wir da auch gar nicht dran vorbeikommen.

Der Landkreis Karlsruhe, der vollmundig verkündet, er mache das nicht, der wird auch umfallen, der wird auch umfallen müssen. Da geht eben, weil rechtlicher Fakt, nichts dran vorbei. Das Einzige, worüber wir uns streiten könnten, ist das Thema Einsammeln. Das ist zwar eindeutig eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, aber wir können natürlich als Stadt, als Kommune, so eine Daseinsvorsorgeaufgabe auch einem Privaten geben. Meine Fraktion hat aus dem Grund versucht, eine Brücke zu bauen, indem das AfA einfach mal in einen Preisvergleich mit den Privaten gestellt wird. Jetzt zeigt sich aus der Antwort, das ist nicht möglich. Das müssen wir akzeptieren. Das tut uns leid. Wir hätten gern für den Gebührenzahler nachgewiesen, ob es wirklich günstiger ist, wenn ein Privater das Einsammeln macht, aber nicht mit irgendeinem Lohndumping, sondern ein Preisvergleich auf der Basis, zu der auch die Stadt kalkulieren muss, nämlich zum TVÖD. Das ist nicht möglich, das sehe ich ein, sieht meine Fraktion ein. Kollege Wohlfeil hat es auch schon gesagt. Deswegen werden oder müssen wir diesen Antrag zurückziehen.

Worauf ich auch hinweisen will: Die Vorstellung, wir könnten auf Leiharbeit verzichten, ist weltfremd. Wir haben jetzt noch - heute ist der 21. Oktober - zwei Monate und 10 Tage Zeit bis zum 01.01.2015, um das Ganze ins Laufen zu bringen. Wir wissen alle, dass bis dahin die Mitarbeiter nicht eingestellt werden könnten. Also müssen wir einen Weg gehen, der diese Lücke füllt. Ich finde den Vorschlag, diese Lücke zu füllen, absolut nachvollziehbar und sinnvoll. Deswegen wird meine Fraktion auch in diesem Punkt folgen.

(Beifall bei der KULT-Fraktion)

Stadtrat Høyem (FDP): Guter Kollege, Herr Pfalzgraf, ein Wort zu der Zwangstonne, und ich zitiere nicht aus dem Umweltausschuss. Ich sage, dieses Papier konnte man lesen. Als diese Reise angefangen hat, war es nahezu unmöglich, von dieser Zwangstonne befreit zu werden. Das ist eine Realität, das können Sie in den Papieren lesen, das hat sich geändert. Jetzt ist es nur eine überflüssige Tonne, aber am Anfang war es nahezu unmöglich, befreit zu werden. Deshalb das Wort Zwangstonne. Danke, Herr Pfalzgraf, das ist wirklich kollegial. Danke, dass Sie denken, dass wir in der FDP die hal-

be Bevölkerung in Karlsruhe hinter uns haben. Wow, das ist wirklich etwas, danke, danke. Wir haben eine gute Wahl gehabt, aber die halbe Bevölkerung. Danke Herr Pfalzgraf. Dann haben wir Mut, wieder zu arbeiten.

Frau Kollegin Zürn. Ich finde es ein bisschen merkwürdig, wenn die Bürger dieses nicht wollen, und das wollen die nicht, was ist dann Ihre Antwort: Eine Informations-Überzeugungskampagne? Das finde ich nicht besonders demokratisch.

Herr guter Kollege Fischer. Ihre Belehrung ist so altmodisch, dass man sogar im Lehrerberuf in den Schulen diesen Stil nicht mehr benutzt. Zu sagen - ich habe mein ganzes Leben diesen Beruf gehabt -, dass ich nicht lesen und verstehen kann, Entschuldigung, ich wollte Sie als Lehrer nicht anstellen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte gerne noch einmal auf einen Punkt hinweisen. Wenn wir jetzt heute wirklich beschließen, dass die Einsammlung von Papier umgestellt wird, und danach beschließen, dass das Amt für Abfallwirtschaft die ganze Sache nicht ausschreibt, sondern selbst erledigt, dann werden hier durch die ganze Stadt zwei verschiedene Müllautos fahren, um den Papiermüll einzusammeln. Es ist in der Zwischenzeit erwiesen, dass man den Privaten nicht verbieten kann, hier Papiermüll einzusammeln, und auch nicht, seine eigenen Tonnen hinzustellen. Daran müssen wir denken. Die Bevölkerung wird uns als Gemeinderat dann dafür danken, dass wir das so effektiv organisieren, dass dann zwei verschiedene Müllfahrzeuge durch die Stadt fahren und wir dann dabei auch noch behaupten, das Ganze würde Kosten sparen. Daran müssen wir denken, wenn wir nachher abstimmen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für diese Diskussion. Jetzt hat Herr Bürgermeister Stapf noch einmal das Wort.

Bürgermeister Stapf: Ich möchte zu ein paar Dingen eine kurze Stellungnahme abgeben, um zu vermeiden, dass ein falscher Tenor entsteht.

Thema Befreiung 50 %: Wir müssen - das hatten wir letztes Jahr auch ausgeführt - dabei zugrunde legen, dass in der Wertstofftonne 15 000 t Altpapier und Kartonagen waren und die Vereine jetzt schon 10 000 t einsammeln. Das heißt, wenn man einen guten Dreisatz ansetzt, dass es 40 % sind. Wenn man jetzt mal davon ausgeht, dass von denen, die sich nicht beteiligt haben, vielleicht die Befreiungsquote etwas geringer sein wird, dann werden wir irgendwo zwischen 40 und 50 % landen. Das ist erwartet worden und keinesfalls ein Zeichen dafür, dass das System nicht funktionieren würde. Ich sage jetzt einmal etwas Provokatives. Uns wäre es am liebsten, wenn die Vereine 100 % einsammeln würden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

Wir sind gerne bereit, sie dabei zu unterstützen, aber natürlich kann man das nicht von ihnen fordern. Dann sparen wir die Sortierkosten, und die Vereine können das Papier verkaufen.

Zum Thema, zwischen privat und kommunal zu entscheiden. Sicherlich ist es so, dass es Bürger gibt, die mit den Privaten zufrieden sind. Ich will nicht abstreiten, dass auch die eine oder andere Kritik ankam. Bürger und Vereine haben mich angesprochen und haben klar gesagt, sie möchten mit der Stadt zusammenarbeiten. Also diesen Bürgerwunsch gibt es. Wie Sie den bewerten, ist letztendlich sicherlich Ihrer politischen Farbe gewidmet. Es ist aber nicht zu leugnen, dass es keinesfalls so ist, dass die Bevölkerung Karlsruhes komplett sagt, eine kommunale Tonne wollen wir alle überhaupt nicht.

Zum Thema, Herr Kalmbach, Rechtsprechung. Zum einen waren es zwei verschiedene Sitzungen. Die eine war 2012, als man noch eine andere Rechtsauffassung hatte bzw. als es noch eine andere Rechtsauffassung gab bezüglich Privater. 2013 war dann die Sitzung, die letztendlich diesen Beschluss vorbereitet hat. Die Juristen - ich gucke Frau Becker an - haben in keiner Weise eine andere Meinung, als sie es im Dezember 2013 hatten. Wir stehen hier allerdings vor der Situation - das haben wir aber auch damals nicht verschwiegen -, dass es hier keine Rechtsprechung gibt, sondern nur Rechtsauffassungen. Die sind allerdings auch sehr deutlich.

Frau Stadträtin Zürn, ein bisschen muss ich Sie enttäuschen, aber in dem Fall ist es auf jeden Fall gut so. Sollten wir Gewinn machen, kommt es den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Das ist ein Gebührenhaushalt. Es kann nichts für andere Stellen hängenbleiben. Es wird die Gebühren stabilisieren und im Best Case könnte es auch zu einer Gebührenermäßigung führen. Da man aber immer andere kommunizierende Röhren hat, die letztendlich Tarifsteigerungen beinhalten, ist eigentlich unser Ziel, über Jahre die Gebühren stabil zu halten.

Thema Leiharbeiter: Dass es uns bei der Stadt wichtig ist, Leiharbeit nicht zum Regelfall werden zu lassen, mögen Sie auch daran erkennen, dass das AfA - ich schaue Herrn Kaufmann an - schon einige Zeit den Auftrag hat zu schauen, das Thema Leiharbeit insgesamt rückzubauen, kostenneutral natürlich. Beim Thema Übernahme habe ich auch andere Erfahrungen gemacht. Da gibt es, lieber Kollege, wirklich zwei Richtungen. Letztlich ist es so, dass die Arbeitnehmer von Leiharbeitsfirmen natürlich auch die Möglichkeit haben zu kündigen. Da kann man sich natürlich auch ein bisschen darauf einstellen, dass sie diese Kündigungsfrist so ausreichend nutzen können, dass eine Übernahme möglich ist. An der Stelle will ich auch einmal eine Lanze für unsere Mülllader brechen. Es ist ein anspruchsvoller harter Job. Ich habe das mal einen Tag lang gemacht. Ich könnte es jetzt mehr. Die Jüngeren lade ich gerne ein, das einmal zu versuchen. Das ist eine Erfahrung, die man nicht so schnell vergessen wird. Herr Hofmann, Sie sind herzlich eingeladen. Die breiten Schultern haben Sie. Ich möchte einfach hier einmal eine Lanze brechen. Wir brauchen eine hohe Zuverlässigkeit und eine sehr hohe körperliche Belastbarkeit. Diese großen Tonnen über die Stufen zu wuchten, bedarf einer sehr ausgeprägten Rückenmuskulatur. Da hat vielleicht ein Leiharbeiter auch die Chance, das einmal versuchsweise zu machen. Jedenfalls ist es nicht so, dass alle, die einmal in der logistischen Arbeit beschäftigt waren, geeinigt wären.

Thema Lohnfestlegung: Das geht nicht. Es ist der gleiche Grund, warum der KULT-Antrag dazu nicht zugelassen werden konnte, weil wir letztendlich nicht ins Lohngefüge der Auftragnehmer eingreifen können. Wir können zwar sagen, wir geben denen

mehr Geld. Dass sie es aber weitergeben, darüber können wir nicht bestimmen. Die Möglichkeit gibt es leider nicht.

Der Vorsitzende: Wir kommen jetzt in die Abstimmungsstunden rein.

Weil es sich um drei unterschiedliche Schwerpunkte handelt, würde ich Sie bitten, dass wir drei Abstimmungsstunden machen. Ich würde vor jeder der großen Themen einfach noch mal eine kurze Empfehlung der Verwaltung aussprechen.

Die Ziffern 1 und 2 des FDP-Antrags gehen am weitesten, weil sie nämlich grundsätzlich die Beschlüsse, die damals schon gefasst wurden, aufheben. Die Ziffer 1 der CDU hat in der Konsequenz auch, dass man im Grunde beschließt, wir führen überhaupt keine getrennte Papiersammlung über die blaue Tonne ein. Das sind die am weitestgehenden Anträge, die ich jetzt in diesem ersten Block gerne aufrufen möchte. Gestatten Sie mir noch eine Vorbemerkung. Wenn ich mir anschau, welche Grundsatzbeschlüsse der Gemeinderat hierzu gefasst hat und wie dann die Verwaltung weiter gearbeitet hat in der Ausdifferenzierung, im Gespräch mit dem Bürger und es bedarf eines grundsätzlichen Auftrags, bevor ich mit dem Bürger in die Diskussion gehe, also die Idee, ich hätte erst einmal die Bürger gefragt, wollt ihr eine Papiertonne und dann im Gemeinderat darüber diskutieren, dürfen wir so etwas überhaupt anpeilen, dann merken Sie schon, dass wir da genau den gegenteiligen Vorwurf hätten machen lassen können, dass wir irgendwie die Leute mit einem Thema anfixen, und am Ende haben wir nicht einmal eine politische Mehrheit dafür. Von daher glaube ich, dass das ein hervorragendes Beispiel ist, wie man von einem Grundsatzbeschluss, einer Grundsatzbeauftragung dann in eine Lösung kommt und über diese Lösung auch noch, soweit es geht, alle widersprüchlichen Punkte, alle kritischen Punkte auch versucht einzusammeln. Ich möchte mich ausdrücklich hier bei allen bedanken, auch in der Verwaltung, die dazu beigetragen haben. Es war für manche, vor allem auch in Anbetracht der Kommunalwahlzeiten, keine so besonders vergnügliche Reise. Eine Lustreise, Herr Høyem, ist so eine Vorbereitung sowieso nie, sondern das ist harte Arbeit für alle Beteiligten. Das ist auch gut so. Lustreisen kriegen Sie auf der AIDA, aber sicherlich nicht im Karlsruher Gemeinderat.

Jetzt kommen wir aber zu den drei Ziffern, die ich eben aufgerufen habe, die grundsätzlich in Frage stellen, dass wir eine differenzierte zusätzliche Papiersammlung über eine blaue Tonne brauchen und die in der Konsequenz dazu führt, dass weiter das Papier in der Wertstofftonne bleibt. Ich sage ausdrücklich, wenn das hier so entschieden wird, werde ich mir vorbehalten, dagegen Widerspruch einzulegen. Das werde ich dann juristisch prüfen, weil uns das aus meiner Sicht weit zurückwirft und es eigentlich so gar nicht mehr möglich ist. Die Diskussionspunkte sind ja genannt worden.

Weil das zwar ähnliche Richtungen sind, aber jeder Antrag noch einmal etwas differenziert ist, würde ich gerne einfach die Anträge einzeln hintereinander abstimmen lassen. Ich fange an mit der Ziffer 1 des FDP-Antrags, nämlich die Gemeinderatsbeschlüsse einfach für nichtig zu erklären, und bitte hier um das Kartenzeichen. - Hier links sehe ich jetzt nur Nein- Stimmen, 20 Ja-Stimmen, links ist vollzählig bis auf eins, das sind 23, rechts sind auch noch einmal 5 nein. Dann kommen wir auf 28 : 20. Wird das angezweifelt? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Ziffer 1 des FDP-Antrags mit 28:20 abgelehnt.

Dann kommen wir zur Ziffer 2 des FDP-Antrags. Der hätte ich der Konsequenz auch, dass man keine blaue Tonne macht, aber er will noch ein wenig differenzierter die Sache angehen. Da bitte ich jetzt auch um das Kartenzeichen. - Das ist das gleiche Stimmenverhältnis und ist damit auch abgelehnt.

Damit komme ich zu Ziffer 1 des CDU-Antrags, der in der Satzung ganz viele verschiedene Paragraphen und Unterabschnitte streicht, was in der Konsequenz auch der Verzicht auf die blaue Tonne wäre. Ich bitte auch hier um das Kartenzeichen. - Da haben wir nicht das Gleiche. Wir haben dann 28 minus 3, weil 3 Enthaltungen, dann sind wir bei 17 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 28 Nein-Stimmen. Das ist damit auch abgelehnt.

Dann kommen wir zum zweiten Abstimmungsblock. Der hat etwas damit zu tun, dass wir die Papiertonne einführen, aber dass Sie eben im Wesentlichen begehren, dass wir das Einsammeln dieser Papiertonne ausschreiben. Der weitestgehende Antrag ist an dieser Stelle der von Herrn Wenzel von den Freien Wählern, der verschiedene andere Einsammelmöglichkeiten oder Einfüllmöglichkeiten anbietet. Ich empfehle Ihnen auch für diesen Antragsblock Ablehnung, weil wir an dem bestehenden und von den Bürgern akzeptierten System festhalten wollen, dass das Einsammeln als Teil unseres Verständnisses der Daseinsvorsorge ein städtischer Mitarbeiter machen soll, so dass der Bürger, wenn da irgendetwas nicht funktioniert, weiß, an wen er sich zu wenden hat. Das Thema, am Ende sortieren und auch verwerten, ist etwas, wo wir auch bisher schon und nachher beim Thema Biovergärungsanlage auch diesen Weg gehen, es eher den Profis aus der Wirtschaft zu überlassen. Da ist unsere bisherige Strategie gewesen, und ich empfehle Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich, dass wir diesen Weg nicht verlassen.

Jetzt rufe ich auf den Antrag der Freien Wähler und bitte hier um das Kartenzeichen. - Jetzt haben wir die 26:22-Lösung, weil wir hier links noch zwei zusätzliche Ja-Stimmen haben, die wir erst nicht hatten. Dann haben wir 26 Nein- und 22 Ja-Stimmen. - Das sehen Sie auch so.

Dann kommen wir zum AfD-Antrag. Ich denke wir könnten den ganzen Antrag einmalig zur Abstimmung stellen, weil ich glaube, da geht es immer um denselben Punkt. Dann bitte um das entsprechende Kartenzeichen. - Das ist wieder die 26:22-Variante der Ablehnung.

Dann kommen wir zur Ziffer 2 des CDU-Antrags, und ich bitte da um das Kartenzeichen. - Das ist auch wieder 26 : 22. Das sehen Sie auch so.

Die KULT-Fraktion hat ihren Antrag zurückgezogen.

Jetzt kommen wir zum dritten Thema, das ist das Thema Leiharbeit. Ich möchte Sie noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Leiharbeit ein Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt ist und wie es auch unter der entsprechenden grün-roten, rot-grünen Regierung seinerzeit so gehypt wurde. Selbstverständlich wollen wir mit dem Thema Leiharbeit jetzt nicht dem Missbrauch das Wort reden, der bei der Leiharbeit eben auch auftritt. Wenn es darum geht, Menschen zu finden, die über eine zeitlich befristete Phase am Ende in den Arbeitsplatz kommen können, haben wir zwei Möglichkeiten, wir können befristet einstellen oder wir können über die Leiharbeit ge-

hen. Ich würde Ihnen ausdrücklich zusagen, dass wir beim Thema Leiharbeitsfirmen, weil es um eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt geht, dass wir genau darauf achten werden, Herr Pfalzgraf, dass es dann auch diese Möglichkeit gibt. Sonst macht es mit der Leiharbeit für uns keinen Sinn. Ich sehe aber im anderen Fall auch einen riesigen Organisationsaufwand, für eventuell drei Monate Stellen auszuschreiben, Leute einzustellen, dann wieder zu sagen, wir könnten sie doch nicht dauerhaft beschäftigen. Ich sage Ihnen auch zu, dass wir es im Durchschnitt bei maximal sechs Monaten belassen wollen. Am Anfang werden wir schneller einstellen können. Bis wir das am Ende ausjustiert haben, werden es vielleicht auch einmal neun Monate sein können, die jemand erst einmal im Leiharbeitsverhältnis ist. Wir können auch da nur den Tarifvertrag durchsetzen, den die Leiharbeitsfirmen selber haben, und können auf Tariftreue plädieren oder können das vereinbaren. Das ist derselbe Vorgang, der auch bei der KULT-Fraktion schon Thema war.

Unter diesen Prämissen bitte ich Sie, den SPD-Antrag abzulehnen und uns dann einfach das Okay zu geben, hier so agieren zu können, und bitte jetzt zum SPD-Antrag um das entsprechende Kartenzeichen. - Da haben wir 3 Enthaltungen. Wir haben die komplette SPD-Fraktion ohne Frau Stadträtin Uysal, das sind 9, dann mit Herr Wenzel 10 und den 2 Linken 12. Also 12 für den Antrag, 3 Enthaltungen und der Rest Ablehnung. Damit ist der Antrag auch abgelehnt.

Damit steht jetzt die endgültige Vorlage der Verwaltung zur Abstimmung. Ich bitte abschließend um das Kartenzeichen. - Da haben wir wieder die besagte 26:22-Situation. Damit ist die Vorlage der Verwaltung unverändert angenommen.

Ich darf mich abschließend für die sehr sachliche Diskussion heute bedanken, die sich wohlthuend von manchen Auseinandersetzungen im letzten Jahr abgehoben hat.

Zur Beurkundung:
Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
12. Dezember 2014